



25/SVV/1092

Antrag
öffentlich

Weiterbetrieb der Biosphäre unter den Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu stellen

<i>Einreicher:</i>	<i>Datum</i>
Fraktion der Freien Demokraten	17.11.2025

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
03.12.2025	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Weiterbetrieb der Biosphäre unter den Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu stellen und die langfristige wirtschaftliche Tragbarkeit des defizitären Betriebs im städtischen Haushalt oder der Bilanz der Muttergesellschaft ProPotsdam nachzuweisen.

Begründung

Die Oberbürgermeisterin hat geäußert, dass Haushaltsdisziplin die Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der LHP Potsdam sei. In der Konsequenz kann das nur bedeuten, dass gerade die freiwilligen Ausgaben auf ihre Leistbarkeit hin zu prüfen sind.

Diese Voraussetzungen sind derzeit und auch in absehbarer Zukunft hinsichtlich der Biosphäre nicht gegeben.

So musste die Biosphäre gerade erst im Jahr 2024 vor einer akuten finanziellen Schieflage durch eine Kreditgewährung zu Lasten der ProPotsdam bewahrt werden. Diese Kreditgewährung ist aber nur Ausdruck einer finanziellen Schieflage, die sich seit Jahren abzeichnet. So beträgt der jährliche Zuschussbedarf zum Erhalt der Einrichtung jährlich ca. 1,8 Millionen Euro. Auch sind derzeit keine wirtschaftlich tragfähigen Konzepte zur Neugestaltung der Biosphäre ersichtlich, da die Datenbasis des Konzepts „Biosphäre 2.0“ veraltet und aufgrund der gestiegenen Baukosten nicht mehr solide ist. Eine Auslagerung der Zuschussbedarfe in die Muttergesellschaft ProPotsdam verschiebt nur das Grundproblem und stellt darüber hinaus eine wirtschaftliche Gefährdung für diese dar.

Letztlich erlaubt auch die gegenwärtige und zukünftige Haushaltslage der LHP und der ProPotsdam nicht länger eine Weiterführung des derzeitigen Zustands.

Es ist daher dringend zu klären, woher die finanziellen Mittel dauerhaft und nachhaltig für einen Weiterbetrieb der Biosphäre und eine notwendige energetische Sanierung kommen sollen.